

ZBB 1999, 242

BGB §§ 675, 276; AGBG § 9

Kein Schadensersatz wegen Erwerbs von verlustreichen Optionsscheinen durch den Vermögensverwalter bei auch der Alterssicherung dienendem Vermögen

OLG Frankfurt/M., Urt. v. 26.11.1998 – 16 U 79/98 (rechtskräftig), EWiR 1999, 497 (Balzer)

Leitsätze:

- 1. Bei einer auf die Mehrung des eingesetzten Vermögens ausgerichteten Verwaltung ist der Erwerb von Optionsscheinen auch dann zulässig, wenn das zu verwaltende Vermögen der Alterssicherung des Kunden dient.**
- 2. Ein grobes Verschulden des Vermögensverwalters ist nicht gegeben, wenn er trotz Verlusten aus Optionsscheingeschäften eine jährliche Durchschnittsrendite von mehr als 7 % erwirtschaftet.**